

Er sieht einen Trend in Deutschland, den „schnellen Abschied“ von der DDR-Vergangenheit zu organisieren: Joachim Gauck (54), Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen: „Ich denke, daß die verfestigte Ostmentalität derer, die die Chance des Neuanfangs noch

nicht begriffen haben, und die Verweigerungsstrategien einiger Westdeutscher Hand in Hand arbeiten“, sagt er im WELT-Gespräch. Wie steht es um den antitotalitären Grundkonsens der Deutschen? Mit Joachim Gauck sprachen Peter Schmalz und Rainer Zitelmann.

## „Die Arroganz der Macht war größer, als ich es vermutet hätte“



Joachim Gauck: Aus den Akten heraus ist mein Bild vom Menschen nicht verändert worden

FOTO: SEPP SPIEGEL

### Zur Person

Joachim Gauck wurde am 24. Januar 1940 in Rostock geboren. Sein Vater, ein Kapitän, wurde 1949 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach dem Abitur studierte Gauck Theologie und stand von 1965 an im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, seit

1970 in einem Rostocker Neubaugebiet. Zugleich war er in der Jugendarbeit tätig und leitete die Kirchentagsarbeit in Mecklenburg. 1989 zählte Gauck zu den Mitbegründern der Bürgerbewegung „Neues Forum“, die wesentlichen Anteil an der politischen Wende in der DDR hatte. Bei den freien DDR-Wahlen am 18. März 1990

zog er als einziger Forums-Abgeordneter Mecklenburg-Vorpommerns in die Volkskammer ein. Er wurde dort zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Sonderausschusses zur Überprüfung der MfS-Auflösung gewählt. Sein Bundestagsmandat legte Gauck nieder, als er zum Stasi-Sonderbeauftragten der Bundesregierung berufen

wurde. Daraus wurde 1992 der „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“. Seiner Behörde, kurz „Gauck-Behörde“ genannt, unterstehen 3000 Mitarbeiter, die 178 km Akten sichten. Von 2,1 Millionen Anträgen auf Akteneinsicht sind 1,5 Millionen erledigt.

**WELT:** Ihre Akten sollen mithelfen, die Vergangenheit der DDR aufzuhellen. Fürchten Sie, daß das schwerer wird, wenn – wie jetzt in Magdeburg geschehen – die SED-Nachfolgerin PDS in den politischen Entscheidungsprozeß hineingezogen wird?

**Gauk:** Mich erfreut nicht gerade der Einfluß der PDS. Dazu bin ich zu lange Ostdeutscher gewesen, und dazu habe ich zu intensiv für eine Veränderung gestritten. Aber so einfach ist die Kausalität nicht. Eine Fülle von Faktoren sorgt dafür, daß sich das Klima und auch die Auseinandersetzung um die Vergangenheit verändert haben. Und die Regierung in Magdeburg heißt ja auch nicht PDS-SPD-Bündnis 90/Grüne, sondern SPD und Bündnis 90/Grüne. Und diese waren Motoren der Aufarbeitung in der Zeit der freien Volkskammer und auch danach. Es ist nicht zu erwarten, daß das Unbehagen weiterer PDS-Kreise an der Aufarbeitung auf diese Parteien übergreift.

**WELT:** *Erwarten Sie nicht, daß doch der Ruf kommt „Jetzt laß doch endlich die alten Akten, wir brechen auf zu neuen Zeiten...“?*

**Gauk:** Es gibt eine Reihe von Signalen, die uns das als aktuelle Gefahr vor Augen führen. Ich habe mich nie so intensiv wie in den letzten Monaten in die Rolle derjenigen hineinversetzen können, die nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes das Glück hatten, aus den KZs, Gefängnissen und sonstigen Unterdrückungssituationen zurückzukommen in die sich etablierende Republik. Viele von diesen wurden damals als Störenfriede empfunden, während die neue Gesellschaft wieder ganz gut alte, etablierte Kräfte, die sich in der Nazizeit bewährt hatten, gebrauchen konnte. Damals wie heute sind Menschen, die hartnäckig bei einem bestimmten Thema bleiben, das eben auch Schmerzen verursacht oder Trauerprozesse einschließt, Störenfriede, zumindest aber Beunruhiger. Ich denke, daß diese Republik von den Verdrängungskünsten der Vorfahren gelernt haben müßte.

**WELT:** *Sind wir heute nicht dabei, noch schneller zu verdrängen?*

**Gauk:** Es verbinden sich verschiedene politische Interessen, aber auch vopolitische oder unpolitische Haltungen, die es wieder modern erscheinen lassen, den schnellen Abschied von der Vergangenheit zu organisieren. Da muß es andererseits Menschen geben, die gegen den sich abzeichnenden Trend schon jetzt Front machen. Und dazu werden engagierte Autoren gehören, die nicht vergessen

können, daß die Diktatur jeder Couleur ein Anschlag auf Individualität und Würde ist. Dazu werden natürlich die Historiker gehören, aber auch die engagierten Demokraten, die dafür gesorgt haben, daß aus einer Diktatur eine Demokratie wird. Und dazu gehören sicherlich publizistische und politische Kräfte der alten Bundesrepublik, die nicht wieder den Fehler der Väter- und Großvätergeneration nach dem Krieg wiederholen wollen.

**WELT:** *Nach einer Allensbach-Umfrage sind 57 Prozent der Ostdeutschen der Meinung, der Sozialismus sei an sich eine gute Idee gewesen, die man nur schlecht ausgeführt habe. Ein Beispiel für die Zählebigkeit und Wirksamkeit von vier Jahrzehnten sozialistischer Indoktrination?*

**Gauk:** Richtig scheint mir, daß sich Mentalitäten später und langsamer wandeln, als sich das Wissensgut verändert. Wissen zu erweitern und neue Einsichten zu ermöglichen ist schon eine schwere Aufgabe. Gelingen derartige Prozesse, bleibt immer noch ein weiteres Problem. Wir müssen es schaffen, die Haltungen der Menschen zu verändern. Wir brauchen heute Lernfelder, auf denen Menschen ihre Haltung der Unterwürfigkeit, der Ohnmacht, der Nicht-Selbstbestimmung verlernen und dafür Besseres erlernen.

Ich glaube auch, daß man die Ernsthaftigkeit der Entfremdung nicht wahrnehmen wollte – in großen Teilen der Gesellschaft. Alle diejenigen, die die menschenverachtende und freiheitsfeindliche Seite dieses sogenannten Sozialismus thematisiert haben, sind ja zum Teil ausgegrenzt worden, insbesondere in Westdeutschland. Das war zum Beispiel in Frankreich anders, wo sich die neuen Philosophen und andere gesellschaftliche Kreise sehr wohl dazu verstanden haben, irgendwann auch den Sozialismus östlicher Couleur zu kritisieren. Ich denke, daß die verfestigte Ostmentalität derer, die die Chance des Neuanfangs noch nicht begriffen haben, und die Verweigerungsstrategien einiger Westdeutscher heute Hand in Hand arbeiten. Und bei manchen ist es vielleicht einfach der Glaube, daß veränderte Verhältnisse auch sofort veränderte Verhaltensweisen schaffen. Aber wir sehen gegenwärtig, daß das nicht so ist.

**WELT:** *Welche Rolle spielen die Ostmedien Ihrer Meinung nach, die ja – bis auf wenige Ausnahmen – ehemalige SED-Bezirkszeitungen sind, die nun wieder die Meinung bestimmen.*

**Gauk:** Bald nach dem 3. Oktober 1990 haben viele Ostdeutsche sich

natürlich gewundert, welche journalistischen Kräfte mit Springers und Gruner+Jahrs Geld bezahlt werden. Das ist schon einigermaßen merkwürdig gewesen. Es hat nur einen geringen Wechsel gegeben. Hinzu kommt in manchen Redaktionen eine gewisse klammerheimliche Freude daran, daß viele der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstellungen noch nicht so richtig funktionieren. Ein Teil der Leser will offenbar zudem in der Mentalität des Murréns bestätigt werden. Sicher gibt es für die Ostdeutschen Gründe, unzufrieden zu sein. Was ich bemängeln, ist allerdings, daß nicht nur berechtigte Kritik geübt wird, sondern daß der jetzigen Regierung die Schuldenlast der SED von 40 Jahren ruinöser Wirtschaftspolitik und die Wegnahme von Selbstbestimmungsrechten vorgehalten werden. Man kreidet der jetzigen Regierung die mangelnde politische Kultur und den wirtschaftlichen Niedergang mit an, und eben nicht nur die aktuelle Politik mit ihren Versäumnissen.

## Die Stasi hat auch den Zeitgeist gesteuert

Trotz dieser Probleme sind wir in Deutschland auch bei der Vergangenheitsaufarbeitung weiter als jedes andere Ostblockland. Wir haben gesetzliche Grundlagen geschaffen, von denen unsere Vorfahren nach der Nazizeit nur träumen konnten. Es gibt die Möglichkeit, das Räderwerk der Diktatur enthüllen zu können, indem die schriftlichen Hinterlassenschaften der Staatssicherheit, der Partei und des Staatsapparates der allgemeinen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Im früheren Ostblock dagegen fehlen in den meisten Staaten entsprechende Regelungen, so daß etwa zwei der führenden Politiker in der Übergangszeit, nämlich Schnur und Böhme, in anderen Ländern als in Deutschland möglicherweise hätten Karriere machen können, weil dort die Geheimdienstakten nicht aufgemacht worden sind.

**WELT:** *Die Erfolge sind unbestritten. Aber gibt es nicht auf der anderen Seite Indizien für eine bedenklige Entwicklung? Unsere Demokratie beruht doch auf der Grundlage einer Aqidistanz gegenüber Links- und Rechtsextremen. Besteht nicht die Gefahr – man denke etwa an den Umgang mit dem Fall Stolpe oder auch an das Verhalten gegenüber der PDS und die Renaissance des Anti-Antikommunismus –, daß diese Grundlage verlorengeht? Tritt an die Stelle des antitotalitären ein antifaschistischer Grundkonsens?*

**Gauk:** Ein wirklich antifaschistisch-demokratischer Konsens – gäbe es ihn denn – würde ja eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus einschließen und einen automatischen Zugang zu jenem Antikommunismus haben, der sich freilich abhebt von einem Antikommunismus aus Attitüde. Eugen Kogon wäre hier zu nennen, der im Vorwort seines frühen NS-kritischen Buches die Kommunisten des Ostens ungeschminkt kritisierte. Führende Sozialdemokraten und andere Demokraten der Nachkriegsära haben diese Haltung ebenfalls eingenommen. Es gibt also einen Antikommunismus, der gewachsen ist aus denselben emanzipatorischen Wurzeln, die auch der Antifaschismus hatte. Wer nicht imstande ist, gegen die Wegnahme von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten durch Kommunisten eine antikommunistische Antwort zu geben, der verfehlt Tugenden, die ein wirklicher Antifaschist hat. Antifaschismus und eine bestimmte Form des Antikommunismus gehören historisch zusammen. Und es ist richtig, daß man den Anti-Antikommunismus bekämpfen muß.

Indem ich sage, daß es historische Situationen gibt, in denen ein Antifaschist ein Antikommunist zu sein hat – jedenfalls nach meiner Vorstellung –, sage ich auch, daß es historische Situationen gibt, in denen man eine bestimmte Art von Antikommunismus, jenen aus Attitüde, aus konservativer Rechthaberei, aus blind-reaktionärer Haltung, von einem emanzipatorischen

Ansatz her bekämpfen muß. Was den Antifaschismus betrifft, so können Sie davon ausgehen, daß diejenigen, die in dieser Behörde arbeiten allesamt auch Antifaschisten sind. Es ist übrigens eine interessante Beobachtung, die ich gemacht habe, als ich 1993 zum erstenmal in den USA war, daß ich jüdischen Intellektuellen mein Thema in drei Minuten erklären konnte, was ich manchen westdeutschen Intellektuellen nicht in drei Wochen erklären kann. Es gibt im Grunde eine Affinität des Antifaschismus zu dem, was wir hier tun. Wir können an dieser Stelle sehr wohl von einem antitotalitären Grundkonsens sprechen. Es gibt eine destruktive Sicht auf unser Thema immer dann, wenn der Antifaschismus nicht jene Tugend des Aufbegehrens gegen Unrecht ist, sondern eine Attitüde oder eine Gruppennorm. Der richtig verstandene Antifaschismus hat in einem richtig verstandenen Antikommunismus so etwas wie einen Bruder oder eine Schwester.

**WELT:** Die Verdrängung von kommunistischem Unrecht in der westdeutschen Öffentlichkeit – war das nur ein Ergebnis ideologischer Prozesse? Oder spielte hier auch eine bewußte Strategie des MfS eine Rolle? Warum wissen wir über Stasi-Verstrickungen von Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern bislang so wenig?

**Gauk:** Sicher soll man keine Verschwörungstheorien entwickeln. Allerdings – soviel ist richtig –, wir können noch eine ganze Menge mehr wissen. Warum es den Zeitgeist in bestimmte Richtungen getrieben hat, das war nicht nur irgendwie ein Aufbegehren von jungen, unangepaßten Studierenden, sondern war natürlich auch Strateger und klassenbewußter Institutionen. Und das wird noch einigen ein sehr unangenehmes Erwachen bereiten. Manche Westdeutsche werden feststellen müssen, daß sie selber – ob nun willentlich und wissentlich – als Verräter und Spione, oder im Grunde genommen ein bißchen getäuscht als „Gesprächspartner“ konditioniert oder gelenkt worden sind. Es ist ein Irrglaube, daß die Einflußmöglichkeiten des kommunistischen Regimes über die Staatssicherheit auf Ostdeutschland beschränkt geblieben wären. Jeder, der entweder einmal selbst Kommunist war oder den Kommunismus hinlänglich erlebt oder studiert hat, weiß zum Beispiel etwas über Frontorganisation. Und es wird sehr interessant sein zu erfahren, in welcher Weise es den Kommunisten, die als Partei in Westdeutschland keine Rolle gespielt haben, dann doch gelang, in den Frontorganisationen maßgeblichen Einfluß etwa in der Friedensbewegung zu gewinnen.

## Untugend, die zur Schuld wurde

Die zeitgeschichtliche Forschung wird sehr viel deutlicher zeigen können, wie die Einflußmöglichkeiten der kommunistischen Ideologien des Ostens gerade auf dem Umweg über den intellektuellen Diskurs in Westdeutschland oder überhaupt in Westeuropa sich Räume geschaffen haben.

**WELT:** Heute haben wir die Situation, daß sich die Berliner SPD zwar dagegen ausspricht, eine Straße nach Axel Springer zu benennen, während andererseits nach

wie vor akzeptiert ist, daß Straßen nach Dimitroff, Clara Zetkin, Liebknecht und Grotewohl benannt werden. Löst sich der antitotalitäre Konsens auf?

**Gauk:** Ja, selbstverständlich sehe ich die Gefahr. Es gibt jedoch auch gegenläufige Entwicklungen. Ich bin mit einer Reihe von Ex-Linken befreundet, die in einem kämpferischen, gesellschaftskritischen Antifaschismus aufgewachsen sind und die inzwischen begriffen haben, daß ihre Wahrnehmungsverweigerung dem Osten gegenüber nicht nur eine Untugend, sondern auch ein Stück Schuld war. Ob nun das rechte Auge oder das linke Auge zugeedrückt wird, beides erzeugt in mir tiefes Unbehagen. Es ist doch wichtig, daß gegenwärtig darüber diskutiert wird, ab wann eine bestimmte Politik in Richtung Osten in der Gefahr des Appeasements stand. Andererseits wird man sich auch im konservativen Lager fragen müssen, ob es nicht eine aus Pragmatismus oder Nonchalance geborene Gleichgültigkeit gegenüber Unrechtsstrukturen gab, die einen allzu schnell den Schritt zum „business as usual“ tun ließ. Diese Diskussion ist überfällig. Eine Ost-West-Frontstellung sollten wir bei diesem Thema nicht aufbauen. Was also etwa die Behauptung betrifft, daß der Westen dem Osten die Vergangenheitsdebatte aufgedrückt habe, so möchte ich dem widersprechen. Das erste ostdeutsche freie Parlament, die Volkskammer, ist es gewesen, die am 24. August 1990 das Unterlagengesetz der Volkskammer verabschiedet hat. Das ostdeutsche Parlament war damals allerdings nicht bereit, so etwas wie eine Kommunistenverfolgung zu beschließen, und der Deutsche Bundestag war es auch nicht. Wir

haben uns gedacht, das wäre unverhältnismäßig. Wir hatten auch die Gefahr des Kommunismus als ein für allemal gebannt angesehen. Und wir haben auch die Gefahr der Nostalgie doch geringer eingeschätzt. Es wird sich letztlich so darstellen, daß sich – unabhängig von den Wahlergebnissen der PDS – ein tiefes Wissen im Volk aufgehoben hat, daß Kommunismus, so wie wir ihn gehabt haben, etwas Menschenfeindliches ist.

**WELT:** Kann es aber nicht auch so sein, daß mit dem Abstand von dem Erlebten eine andere Meinung an Boden gewinnt, nämlich: „So wie wir es mit dem Sozialismus versucht haben, hat es zwar nicht geklappt, aber man muß das Experiment eben in einer anderen Weise noch einmal wiederholen“?

**Gauck:** Das kann sein. Solche Haltung würde sich auch wiederum aus unterschiedlichen Bereichen speisen. Für den ostdeutschen Bereich hätte dies sicherlich damit zu tun, daß sich Mentalitäten langsamer verändern als Wissen. Zum anderen besteht im westlichen Bereich die Neigung, die eigenen Entfremdungserfahrungen des demokratischen Rechtsstaates wie mit einem Vergrößerungsglas zu betrachten, während man die Entfremdungserfahrungen des sozialistischen Systems, die man selbst nicht erlebt hat, gleichsam automatisch für weniger wichtig hält. Das ist natürlich eine Gefahr, die ich auch sehe. Ein Schönreden, eine Legendenbildung, die dann einsetzt, weil man dieses oder jenes im eigenen Hause auszusetzen hat. Auch solche Legenden- und Mythenbildungen haben ja eine Tradition in Deutschland, die schlimme Entwicklungen nach sich gezogen hat. Langfristig wird indes vielleicht heilsam sein, daß wir in

Deutschland zwei Krankheiten – Kommunismus und Nationalsozialismus – durchgemacht haben.

**WELT:** *Ist es aber nicht so, daß wir über das Unrecht und das Unheil, das die Staatssicherheit über das Land gebracht hat, immer weniger wissen wollen, daß wir dem Vergessen zunehmend Raum geben? Irritiert es Sie nicht, daß trotz der Tätigkeit Ihrer Behörde das Wissen über die Verbrechen nicht stärker im Bewußtsein der Menschen verankert ist?*

**Gauck:** Wir hatten eine Fülle von Veröffentlichungen über das Stasi-System; wir haben eine große Zahl von Aufklärungsforen gehabt, von öffentlichen Veranstaltungen neben der Herausgabe von Stasi-Dokumenten, neben der Herausgabe von wissenschaftlichen Monographien. Aber Wissen kann man bereitstellen – man kann nicht jeden zwingen, dieses Wissen auch zu erwerben oder anzuwenden. Auch ein Arzt, der von der Krankheit seines Patienten überzeugt ist, kann ihn ja nicht unter Anwendung von Gewalt zwingen, das verordnete Medikament wirklich zu nehmen. Es gibt Patienten, die sich den Luxus erlauben, das Medikament nicht zu schlucken. So etwas gibt es auch im gesellschaftlichen Bereich. Daß es also Historiker und Journalisten gibt, daß es diese Behörde gibt, die allesamt sich mühen um Sachinformationen, heißt nicht automatisch, daß das, was diese Leute gemeinsam leisten, dann auch von allen Zeitgenossen gewollt wird.

## Der ganz menschliche Wille zur Distanz

**WELT:** *Bleiben wir bei Ihrem Vergleich. Hätte der „Mediziner“ Gauck die Möglichkeit, sich eine Therapie zu wünschen, wo würden Sie da noch stärkere Therapiemöglichkeiten sehen?*

**Gauck:** Ich bin sehr glücklich, daß unser Parlament jährlich mehr als 200 Millionen Mark Haushaltsmittel bewilligt hat, um den Deutschen zu zeigen: Wir deklamieren nicht nur, daß die Idee der Aufarbeitung gut ist, sondern wir versetzen viele Bürger auch in die Lage nachzuvollziehen, wer ihr Leben ruiniert hat. Daß wir diese Möglichkeit haben, ist ein Novum. Es unterscheidet uns von unseren Vorfahren, die eine andere Vergangenheit aufzuarbeiten hatten und von den meisten anderen Ländern, die von einer Diktatur in die Demokratie übergehen.

**WELT:** *Wie lange wird es Ihre Behörde noch geben?*

**Gauck:** Diese Behörde ist im Interesse von weit über 90 Prozent der deutschen Bevölkerung geschaffen worden, insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung. Sie garantiert mit ihrer Existenz, daß die ehemaligen Opfer ihre Interessen durchsetzen können. Sie hat der Wissenschaft wie der Presse wichtige Informationen zu geben. Vielleicht ist die Überprüfung der erste Bereich, der irgendwann nicht mehr notwendig sein wird. Dazu braucht man keine Gesetzesveränderung, der öffentliche Dienst braucht dann einfach keine Anträge mehr zu stellen. Gegenwärtig tut er das, im Interesse der ostdeutschen Bevölkerung.

**WELT:** *Hat sich Ihr persönliches Bild der DDR-Gesellschaft oder möglicherweise auch der Bundesrepublik verändert? Oder haben Sie Bestätigungen für das gefunden, was Sie erahnt hatten?*

**Gauck:** Aus den Akten heraus ist mein Bild vom Menschen nicht verändert worden. Das war eigentlich immer biblisch-realistisch. Was ich aus den Akten allerdings gelernt habe, ist, daß die Arroganz der Machthaber noch größer war, als ich es vermutet hatte. Die Tatsache, daß der normale einfache Mensch im Grunde Verfügungsmasse einer Macht war, im Detail aus Quellen vorgeführt zu bekommen, das ist etwas anderes als die Grundüberzeugung davon, daß das System negativ war. Da wird man geradezu gezwungen, selbst die Vorstellungen, die man als kritisch betrachtete, noch mal einer späten

Kritik zu unterziehen. Also, man hat sich manchmal auch als Opfer der kommunistischen Herrschaft dennoch aus unterschiedlichen Gründen die Wirklichkeit schöner gedacht. Vielleicht ist das auch ein Überlebensimpuls in schweren Zeiten. Nicht nur bei denen, die der Ideologie gefolgt sind, sondern auch bei denen, die gelitten haben, gibt es manchmal einen Begegnungsschock mit der Wirklichkeit, wenn man diesen Quellen begegnet. Wir neigen ja nicht dazu, uns Schocktherapien auszusetzen. Deshalb gibt es ja auch einen ganz menschlichen Willen zur Distanz. Ich habe auch ein gewisses Verständnis für Menschen, die sagen, ich will das gar nicht lesen.

**WELT:** *Haben Sie selbst einen Schmerz erlebt?*

**Gauck:** Ja. Es gibt eben auch Wissen, das weh tut. Es gab Freunde, Menschen in der Gemeinde, denen man hundertprozentig vertraut hat. Und wenn Sie dann erleben, daß es ganz anders war, dann tut das schon weh.